

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Seit 1866

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Seit 1866

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 2.50. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postcheck-Konto 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gepaltene Zeile 1 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.20 Mark, und für die 4 gepaltene Reklamezeile 3.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 184.

Redaktion: J. G. G. G. G.

Donnerstag, 10. Juni 1920. (Maurinus.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. 47. Jahrgang.

Nach der Wahl — Regierungswandlung.

Stimmen zur Lage.

Berlin, 8. Juni. Aus der innerpolitischen Lage und der Situation, die durch den Ausfall der Reichstagswahl geschaffen worden ist, sieht man einflussreichen Kreisen, die Berliner Presse erörtert eingehend die verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten, um zum Schluß festzustellen, daß es Koalitionen unmöglich sind. Auch in den Organen der rechtsstehenden Parteien wird offen zugegeben, daß die Reichstagswahlen keine Klärung, sondern im Gegenteil eine schwere Komplikation gebracht haben.

Der Berliner Lokal-Anzeiger beurteilt in seinem Abendblatt in seiner Betrachtung der Lage die Aussichten einer Koalition der bisherigen Regierungsparteien mit der Deutschen Volkspartei sehr ungünstig. Das Blatt sagt, eine solche Kombination selbst, wenn sie gelänge, könne nicht von Dauer sein. Bei der ersten grundsätzlichen und bedeutungsvollen Abstimmung würde sie in die Brüche gehen. Es fehle aber bisher leider auch die notwendige Voraussetzung für eine derartige Koalition, nämlich die Zustimmung der Sozialdemokratie und der Demokraten. Nach einer Meldung des Berliner Tageblattes haben gestern Abend Verhandlungen führender Persönlichkeiten der demokratischen Partei über die Frage einer neuen Regierungsbildung und der event. Beteiligung der Demokraten an einer solchen stattgefunden. Das Berliner Tageblatt errechnet, daß die demokratische Fraktion im neuen Reichstag 40 Abgeordnete zählen wird. Außerdem meldet die Voss. Ztg., daß gestern eine Sitzung des Parteivorstandes der Mehrheitssozialisten stattgefunden hat, in der als einmütige Auffassung festgestellt wurde, daß ein Zusammengehen der Mehrheitssozialisten mit der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen sei, doch solle die endgültige Entscheidung einer Parteikonferenz überlassen bleiben, die für Montag nach Berlin einberufen ist.

Der Vorwärts stellt heute an mehreren Stellen seines Abendblattes zu dieser Frage fest, daß eine Beteiligung der Sozialdemokratie an einer nach rechts orientierten Koalition ausgeschlossen sei. Jede Annäherung dieser Tatsache sei unmöglich. Er betont weiter, daß die Massen, die nach links abgewandert seien, ebenso sehr Anspruch auf Berücksichtigung bei der neuen Regierungsbildung hätten, wie die verfallenen Reichsparteien. Einen etwa wiederkehrenden „schwarzen Blau“, gebildet aus dem Zentrum und den beiden Reichsparteien, kündigt er schon an und prophezeit, daß die Tage einer auf diesen Blau fußenden Regierung sehr bald gezählt sein würden. Das Blatt appelliert dann an die politische Einsicht der Unabhängigen. Sie allein seien imstande, eine Erweiterung der Koalition nach links hin zu ermöglichen.

Darin irrt sich der Vorwärts natürlich, denn zu einer solchen Erweiterung gehört doch wohl auch

die Teilnahme des Zentrums oder der Deutschdemokraten. In keiner von beiden Parteien dürfte aber die Meinung bestehen, in eine Koalition mit den Unabhängigen einzutreten.

Das Berliner Tageblatt wiederholt seine Auffassung, daß die Deutsche demokratische Partei nicht im mindesten den Wunsch haben könne, an irgendeiner Regierung teilzunehmen, in der sie nur als „Besteiger“ angesehen werden würde, oder sogar mit Persönlichkeiten zusammenarbeiten müßte, die sich durch eine unanständige und unehrliche Bekämpfung der Demokratie in die Höhe erheben wollten. Welche Koalition an die Stelle der bisherigen treten werde, wisse noch niemand. Die beiden Reichsparteien könnten nicht einmal zahlenmäßig mit dem Zentrum zusammen eine Koalition bilden, abgesehen von der grotesken Vorstellung einer Regierung Helfferich-Stresemann-Gröber. Links lehnten die Unabhängigen jede Kompromisspolitik ab. Weder rechts noch links von der Demokratie erschiene eine parlamentarische Regierung aussichtslos. Somit sei, so paradox es klingt, niemals die Existenz einer demokratischen Partei notwendiger als heute im Augenblick ihrer Niederlage. Es sei deshalb das Wort aus jenem Jahr einer größeren Niederlage zu variieren: „Die Demokratie hat eine Katastrophe verloren, jetzt ist Abhängigkeit die erste Demokratiepflicht.“

Das halbamtliche Regierungsblatt, die Deutsche Allgemeine Zeitung, kommt bei einer Untersuchung der „großen Frage“ zu folgendem Schlußergebnis: Wenn andere Kombinationen schwer gangbar sind, deutet mancher darauf hin, daß die alte Koalition auch mit schwacher Majorität sich würde entziehen müssen, die Geschäfte zu übernehmen. Diese Art der Lösung wäre nur eine vorläufige. Aber sie böte gegenüber Gefahren extremer Regierungsbildungen immerhin die Möglichkeit einer zeitweiligen, gerade außerpolitisch sehr wichtigen Kontinuität der Regierungspolitik. Sie würde auch gewissermaßen zur Festigung der Gesamtlage beitragen. Erfahrungsgemäß sind nämlich seit 1915 die Monate Juni und Juli die schwierigsten des Jahres. Wenn sie überstanden und die Konferenz von Spa erledigt ist, so könnten Neuverhandlungen nötig werden, die ein weniger vielversprechendes Bild des Volkswillens geben und damit die einseitige politische Entwicklungslinie mehr gefährlichen würden, als dies bei den heutigen Wahlen der Fall ist.

Der Meinung der Radikalen.

Die Freiheit schreibt, es dürfe ohne Ruhmredigkeit behauptet werden, daß der große Erfolg der Unabhängigen durch den Zuwachs des revolutionären Bewusstseins und der sozialistischen Erkenntnis in den Massen selbst zu verdanken sei. Nicht Wähler zu gewinnen, sondern sozialistische Kämpfer einzureihen, sei das Ziel gewesen. Die Koalitionspolitik habe ausschließlich im Klasseninteresse des Bürgertums gelegen, und die Reichsparteien hätten schließlich zusammenbrechen müssen, weil sie das Klasseninteresse des Proletariats preisgegeben hätten. Dieser Zusammenbruch sei endgültig, und wenn die Reichsparteien den Versuch machen wollten, die Koalitionspolitik fortzusetzen, so würden sie sehr bald auch den letzten Rest

ihres Einflusses und ihrer Bedeutung verlieren. Die Klassengegensätze seien zu stark geworden, als daß für Verständigung und Vermittlungen noch viel Raum wäre. Die deutschen bestehenden Klassen hätten am 6. Juni ein Verdictnis abgegeben, daß ihre wirklichen Gesinnung weit mehr entspreche als das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung. Sie hätten gewählt, und nun könnten sie die Verantwortung tragen.

Die Note schone der Spartausschüsse findet, daß die Wahlentscheidung ausgefallen sei für die revolutionäre Entscheidung, oder anders ausgedrückt, daß die parlamentarische Entscheidung gegen die parlamentarische Entscheidung ausgefallen sei. So unklar in diesem Augenblick noch sei, welche Regierungskombinationen auf schwankendem Boden stehe, daß keine von ihnen mehr sein kann als ein Kartenhaus. Das schon eine leichte politische Erschütterung über den Haufen werfen werde, um es durch ein anderes Kartenhaus zu ersetzen, bis der Augenblick gekommen sei, wo der Entscheidung nicht mehr ausweichen werden könne, ob die Bourgeoisie oder das Proletariat die Kleinrentierhaft übernehmen werde. Diese Zeit des ständig schwankenden und ständig sich verändernden Gleichgewichts der revolutionären und gegenrevolutionären Kräfte sei wie geschaffen für das Spiel des Diktators eines Mannes, der den ruhenden Pol in der Entscheidung spielt. Die Generale und die Sicherheitspolizei hätten bereits im Namen der Bourgeoisie Friedrich Ebert als den König dieses Zwischenreiches angehängt. Eine entscheidende Rolle werde in diesem Zwischenreich die Unabhängige Partei spielen. Sie stehe programmatisch auf dem Boden der Mäßigkeit, ihre Massen näherten sich mit raschen Schritten dem Kommunismus, ihre Führer aber hätten die Wahlpropaganda zugespitzt auf die „sozialistische Regierung“. Die Partei werde nun konfrontiert vor die Notwendigkeit gestellt, ihr inneres Wesen zu enthüllen, sich zu entscheiden, ob sie den Weg Hilferich-Stresemann oder den Weg zum Kommunismus einschlagen wolle. In dieser Feuerprobe der Praxis werde der zwiespältige Charakter der Partei eindeutig bestimmt werden müssen. Zwischen der kommunistischen Partei und den unabhängigen Arbeitern stehe nur noch eine dünne Scheidewand: die letzte parlamentarische Union und die letzten überlebenden Führer der parlamentarischen Zeit. Die parlamentarische Konstellation deute auf revolutionären Sturm, der diese Scheidewand rasch zermürbe und schließlich zerstoße werde. Diesen Prozeß bewußt zu beschleunigen, werde die große Aufgabe der „kleinen“ kommunistischen Partei sein.

Frankreichische Ansichten.

Paris, 8. Juni. Das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen wird von der gesamten Pariser Presse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Das Echo de Paris meint, daß angesichts des Anwachsens der beiden konservativen Parteien — die Deutsche Volkspartei wird meistens als gemäßigter Konservativer bezeichnet — die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit schwieriger werde als zuvor. Zur friedlichen Ausführung des Verfallenen Vertrags sei eine energische Regierung erforderlich.

der gehorcht werde. Denn es handle sich darum, einem Volksgefühl entgegenzutreten (1), das sich allgemein gegen den Vertrag ausspreche. Ein derartiges Kabinett zu schaffen, sei das Deutschland von morgen noch weniger fähig als das Deutschland von gestern fähig gewesen sei. Schlusfolgerung: wenn die Verbündeten nicht eilig nach Spanien gingen, dann wäre es besser, überhaupt nicht hinzugehen. — Der Gaulois meint, Deutschland habe sich geweigert, den Weg zu gehen, der eine Sicherheit für den Weltfrieden geben würde. Es habe sich der Evolution entzogen, die man von der Weisheit der feindlichen deutschen Demokratie erwartet habe. Deutschland bleibe rätselhaft und beunruhigend.

Ein englisches Urteil.

London, 4. Juni. Die Times hat sich mit den deutschen Wahlen in einer Vorchau beschäftigt, in der ein sachkundiger Mitarbeiter die Programme der einzelnen Parteien, ihre bisherige Politik und ihre Wahlausichten im allgemeinen zutreffend wiedergibt. Sein Gesamturteil faßt der Beurteiler in folgenden beachtenswerten Sätzen zusammen: Offenbar beabsichtigt Deutschland, obwohl es krank ist in moralischem Sinne, gebrochen an Körperkraft und in einem fürchterlichen wirtschaftlichen Durcheinander, diese lebenswichtigen Wahlen auf den so unwirtlich gewordenen Boden der Parteipolitik vorzunehmen. Es gab Raum genug für den ehrgeizigsten Politiker, sich an den Problemen des Wiederaufbaus zu versuchen, aber man sucht in den Programmen wie in den Wahlen vergeblich nach einem wohlüberlegten politischen Plan, um Deutschland wieder auf die Füße zu stellen. Politische Prophezeiungen wären daher in diesem Augenblick eine doppelt überflüssige Art des Jertums. Die Parteiprogramme können nur einen Jeremiaß reizen.

Die letzten Wahlen.

Im Hinblick auf die letzten Wahlen zum ersten republikanischen Reichstag dürfte ein Vergleich zu den Ergebnissen bei den letzten Wahlen für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vom 10. Januar 1919 geboten erscheinen. Damals bestanden 38 Wahlkreise. Der 38. Wahlkreis, der die bayerische Provinz Oberbayern umfaßte, teilte sich aber nicht an der Wahl. Heute haben wir offiziell 35 Wahlkreise, aber drei davon, und zwar Ostpreußen, Oppeln und Schleswig-Holstein wählen noch nicht. In den 37 Wahlkreisen vom Jahre 1919 waren von 63 Millionen Einwohnern etwa 35 Millionen wahlberechtigt. Heute haben die 35 Wahlkreise nur 60 Millionen Einwohner. Heute wie damals ist der Wahlkreis Württemberg der stärkste. Die schwächsten Wahlkreise waren 1919 Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck. Diesmal ist es die Rheinpfalz.

Im Jahre 1919 wählten 30 524 848 Personen von 35 Millionen Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung betrug also im ganzen annähernd 85 Prozent, 4 Millionen Wahlberechtigte haben aber doch noch trotz der leidenschaftlichen Erregung jener Zeit beiseite gestanden, 30 400 844 Stimmen waren damals gültig. Sie verteilten sich, nach der Stärke geordnet, auf die Parteien wie folgt:

1. Mehrheitssoz.	11 509 048 Stimmen = 37,9 %
2. Zentrum	5 980 216 Stimmen = 19,7 %
3. Demokraten	5 614 825 Stimmen = 18,5 %
4. Deutschnationale	3 121 479 Stimmen = 10,3 %
5. Unabhäng. Soz.	2 317 290 Stimmen = 7,6 %
6. Deutsche Volksp.	1 345 638 Stimmen = 4,4 %
7. Sonst. Parteien	484 848 Stimmen = 1,6 %

Es erhielten danach die	
1. Mehrheitssozialdemokraten	163 Mandate,
2. Zentrum	91
3. Demokraten	75
4. Deutschnationale	44
5. Unabhängige Sozialdem.	23
6. Deutsche Volkspartei	19
7. Sonstige Parteien	7

Der neue Reichstag wird 468 Abgeordnete zählen.

25 719 067 Stimmen abgegeben. Berlin, 9. Juni. Wie wir von ausländischer Seite erfahren, sind bei den Wahlen zum Reichstag nach den vorläufigen amtlichen Meldungen, die beim Reichswahlleiter eingelaufen sind, 25 719 067 Stimmen abgegeben worden.

Davon entfallen auf die Sozialdemokratie 5 531 157, auf die USP 4 809 862, auf die Deutschnationalen 3 638 851, auf die Deutsche Volkspartei 3 456 131, auf das Zentrum 3 500 800, auf die Demokraten 2 152 509, auf die Bayerische Volkspartei (Christl. föderal. Partei) 1 254 963, auf die Kommunisten 381 990, auf die Deutsch-Bannoveraner 318 104. Auf Grund dieser Stimmenverhältnisse sind mit Berücksichtigung der Verteilung der Reichstimmern auf die Wahlkreise und die Reichstafel 418 Abgeordnete gewählt worden und zwar:

92 der Sozialdemokraten,	
58 des Zentrums,	
36 der Demokraten,	
61 der Deutschnationalen,	
59 der Deutschen Volkspartei,	
80 der USP.,	
2 der Kommunisten,	

St. Quirinus-Bilder als Blumenstempel.

Von Vater Stephan Steffen.
Hr. Marienst. (Westerbild).

Der Biograph des hl. Martinus und Tribunen Quirinus, der in Neuß untergeordnete Studienrat Prof. Dr. Wilhelm Fellen in Siegburg, hat durch seine jüngste Arbeit „Zur Geschichte der Verehrung der heiligen vier Märtyrer“ (Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein, Heft 104, Seiten 121—149) neues Material zur Geschichte der Verehrung der heiligen vier Märtyrer beigesteuert, das auch der Geschichte des hl. Quirinus zugute gekommen ist. Der Verfasser landete mit, als seinem ehemaligen Schüler der Geschichte am Neuen Gymnasium, einen Sonderabdruck des genannten Aufsatzes. In derselben Stunde, in welcher ich die willkommene Gabe erhielt, machte ich verschiedene interessante Funde auf zwei Glöden in der Nähe meines Klosters, der Eiserzelenstraße Marienst. im Westerbild. Die Entdeckungen waren für mich umso erfreulicher, als ich dadurch in die Lage versetzt worden bin, einen Beitrag zur Wallfahrts-Geschichte des hl. Quirinus, unter dessen Ehemaligen Standbild ich drei Jahre in Neuß gewohnt habe, liefern zu können.

Eine der Glöden hängt in der katholischen Pfarrkirche zu Ropsbach, die andere in der evangelischen Pfarrkirche zu Kropbach; beide Orte liegen im Oberwiesentalskreis. Die zwei Glöden, die glücklicherweise dem Verfall nicht preisgegeben worden sind, verdanken ihren Guss ein und demselben Glödenmacher, nämlich dem Tilmann von Hachenburg, der von 1440—1486 gearbeitet hat. Auf der Ropsbacher Glöde hat er seinen Namen verewigt; den Schluß, daß die Kropbacher Glöde auch von ihm gegossen wurde, erlauben die Form des Kreuzes, die Buchstaben und die Trennungsgelenke und der bildliche Dekor.

Die Ropsbacher Glöde findet in gotischen Minuskel folgende Inschrift: „+ martinus, heilich. ich. alle hofe. weber. verdrichen. ich. thieneman. von. hachenberg. got. mich. m. e. e. e. l. VIII“ (1458). Überhalb und unterhalb dieser Inschrift hat die Glöde als Dekor ein schönes gotisches Blattwerk aufzuweisen. Unter dem Kreuz ist das Bild eines Ritters angebracht. Letzteres stellt sich der näheren Betrachtung als Bild des Neuen Stadtpatrons heraus. „St. Quirinus“ lautet erheben einmal die, allerdings nicht deutlich getratene, Unter-

schrift des 7 Zentimeter hohen Bildes. Dann schließt die Attribute des mit dem Nimbus geschmückten Heiligen festlichen Zweifel aus. In der rechten Hand hält St. Quirinus den bewimpelten Speer. Auf dem Wimpel erblickt man die bekannten neun Punkte oder Augen, wie auch auf dem am linken Oberarm hängenden Schild. Die Linke stützt sich auf das auf der Erde ruhende Schwert. Das Bild zeigt uns deutlich den Heiligen, wie er auf dem rechten Bein ausruht; das rechte Bein ist gebeugt, während das linke gestreckt ist. Somit ist die ganze Figur des Heiligen von Kopf bis zu Fuß gepanzert.

Wenn man die Frage aufwerfen sollte, wie das Bild auf die Ropsbacher Glöde gekommen ist, so findet sich die Antwort darauf an der Darstellung selbst. Das Bild ist ein Wallfahrts- oder Pilgerzeichen. Im Mittelalter hatte man solche Zeichen aus Metall an allen größeren Wallfahrtsorten. Die Pilger kauften sie und befestigten sie dann an ihren Hüften oder an einer sichtbaren Stelle ihrer Kleider, um sich als Wallfahrer noch diesem oder jenem Standort kenntlich zu machen. Daraus erklären sich auch die Glöden, die sich an den Pilgerzeichen vorfinden. Auch das Quirinuswallfahrtszeichen hat drei solcher Glöden aufzuweisen, eine am oberen Rande des Heiligenhemdes, je eine an den unteren Ecken des Bildes. Tilmann von Hachenburg scheint mit Vorliebe solche Pilgerzeichen an seinen Glöden angebracht zu haben. Wir begegnen bis jetzt solche von Rachen-Burtscheid, Cornelmünster, Einfeld, Köln und Trier. Diesen gleicht sich sehr das Neuen Zeichen an.

Die Kropbacher Glöde ist vier Jahre jünger, als die von Ropsbach. Ihre Inschrift lautet: „+ ave. maria. gracia. plena. dominus. m. e. e. e. l. XII“ (1462). Man sieht hier, daß der Glödenmacher nicht direkt mit seinem Namen verewigt. Aber aus dem Charakter des Kreuzes, der gotischen Minuskel, der Trennungsgelenke, die vollständig mit denen der Ropsbacher Glöde übereinstimmen, kann man ohne Bedenken auf Tilmann von Hachenburg als Glödenmacher schließen. Unter dem Kreuz hat er auch hier wieder das Bild des hl. Quirinus angebracht, aber mit einer Variation, die erwähnt zu werden verdient. Auf der Glöde ist nicht das Positiv des Bildes, sondern das Negativ zu sehen, so daß es den Anschein hat, als rufe St. Quirinus jetzt aus dem linken

Rein und trage er in der linken Hand den Speer und stütze er sich mit der rechten auf das Schwert. Im rechten Handen kann der Unterschrift „St. Quirinus“ also richtig aufzufassen, muß es im Spiegel gesehen werden.

Auf die weitere Technik der beiden Glöden braucht hier nicht näher eingegangen zu werden.

Ein Hinweis auf eine dritte Glöde mit einem Neuen Wallfahrtszeichen sei aber noch gestattet. Die Glöde befindet sich in der Nähe von Neuß, in Frimmersdorf, bei Grevenbroich. Der Konvent der Rheingebirg, Prof. Dr. Edmund Renard, bringt in seinem schmalen Werkchen „Von alten rheinischen Glöden“ (Düsseldorf 1918) auf Seite 28 eine Abbildung des Quirinus-Bildes. Der Verfasser scheint sich aber den dargestellten Heiligen nicht ganz klar geworden zu sein. Er schreibt wenigstens im Text Seite 82/83: „Auf seiner Glöde vom Jahre 1520 aus Frimmersdorf hat von von Neuß einen hl. Ritter verwendet, der sich als Abzug eines Wanders, Wallfahrtszeichens oder dergleichen erweist durch die Cetera über dem Heiligenhemd.“ Dazu sei bemerkt: der heilige Ritter ist St. Quirinus. Das Bild hat die Attribute des Heiligen, die neun Punkte auf dem Speer und Schild aufzuweisen. Das Original ist kein Anhänger, wohl aber ein Pilgerzeichen gewesen, das mittels dreier Glöden in der genannten Weise auf den Kleidungsstücken befestigt wurde. Gleich dem Bild auf den zwei Westerbilder Glöden zeigt nämlich das Frimmersdorfer Relief drei Glöden, neben denjenigen aber dem Heiligenhemd noch zwei am unteren Rande. Die Aufhängung des Heiligen ist der der anderen Quirinusbilder ähnlich. Quirinus in Rüstung hält in der rechten Hand den bewimpelten Speer, in der linken den am Boden stehenden Schild. Beilebt ist Quirinus auch noch mit einem Rittermantel.

Der vorhin genannte Glödenmacher von von Neuß — Johann von Neuß — entstammte einer Glödenmacherfamilie. Ein Hermann von Neuß ist im Rheinland mit zwei Glöden von 1490 und 1491 vertreten. Ob er der Vater oder der Bruder des Johann von Neuß war, läßt sich wohl schwer feststellen. Johann von Neuß hatte zwei Söhne, Reinhold und Ignatius. Auch sie erlernten die Kunst ihres Vaters, von dem man es verstehen kann, daß er auf einer seiner Glöden den Patron seiner Vaterstadt zu Ehren gebracht hat.

4 des Bayerischen Bauernbundes, 5 der Deutsch-Hannoveraner, 21 der Bayerischen Volkspartei (Christl. federal. Partei).

Bei der Berechnung ergab sich, daß bei den Reststimmen über 30 000 je ein Mandat auf die Sozialdemokraten, auf die Deutschnationalen und auf die federal. Liste fielen.

Im übrigen verteilen sich die Reststimmen folgendermaßen: 11 157 auf die Sozialdemokraten, 20 800 auf das Zentrum, 22 509 auf die Demokraten, 8851 auf die Deutschnationalen, 16 181 auf die Deutsche Volkspartei, 9802 auf die NSP, 15 963 auf die Christl. federal. Liste, 18 103 auf die Deutsch-Hannoveraner, 318 099 auf die Kommunisten, 87 519 auf den Deutschen Wirtschaftsbund für Stadt und Land. Unter Hinzurechnung der Abgeordneten der Abstammungsgebiete ergibt sich, daß der neue Reichstag insgesamt 468 Abgeordnete zählen wird. Die Mandatverteilung ergibt mit dieser Zurechnung folgendes Bild:

Sozialdemokraten 110, Zentrum 67, Demokraten 45, Bayer. Volkspartei (Christl. federal. Partei) 21, Deutschnationale 65, Deutsche Volkspartei 61, NSP 80, Kommunisten 2, Bayerischer Bauernbund 4, Deutsch-Hannoveraner 5.

Die oldenburgischen Landtagswahlen.

Odenburg, 7. Juni. Die Landtagsmandate, einschließlich Gutin und Wiefenfeld, verteilen sich wie folgt: 7 Demokraten (bisher 14), 11 Zentrum (bisher 11), 16 Sozialdemokraten (bisher 14), 13 Deutsche Volkspartei (bisher 5), 1 Deutschnationaler (bisher 0), 2 Landbund (bisher 0), 5 Unabhängige (bisher 2).

München, 9. Juni. Auf Grund des für die bürgerlichen Parteien so überaus günstigen Wahlergebnisses haben die Demokraten im Münchener Stadtrat, in dem zurzeit die Unabhängigen die Führung haben, beantragt, daß die Fraktionen von sich aus Schritte für die Unterbreitung baldiger Neuwahlen unternehmen.

Unabhängiger Siegestaumel.

Berlin, 8. Juni. Die Unabhängigen feierten gestern früh in allgemeinen Betriebsversammlungen in den Fabriken den Sieg ihrer Kandidaten. Die Mehrheitsfraktionen wurden verporiert. In Regal jogten die Arbeiter mit Bildern Eberls und Müllers durch den Betrieb und vernichteten dann die Wider unter Schmähschreien durch Verbrennen auf dem Friedhof. In Reinickendorf wurde in einer Versammlung der unabhängigen Wahlhelfer bekannt gegeben, wenn die mehrheitssozialistische Regierung nicht schleunigst von der Futtertrappe verschwindet, werde die unabhängige Partei erneut das Proletariat zum Generalstreik und zum bewaffneten Widerstand aufrufen.

Aus dem Reich.

Die deutsche Schiffsnot.

Berlin, 8. Juni. Die deutsche Regierung, die, wie bekannt, bereits wiederholt bei der Entente wegen Befreiung des für die deutsche Wirtschaft unbedingt nötigen Schiffsraumes vorstellig geworden war, ließ neuerdings der Reparationskommission in Paris am 4. Juni folgende Note überreichen:

Die deutsche Regierung hat in ihrer Note vom 8. Mai um die Befreiung von Schiffsraum, die darin enthaltenen Anträge stellen ein Minimum dar, das gefordert werden muß, um das deutsche Verkehrsleben zur See aufrecht erhalten zu können. Die deutsche Regierung ging dabei davon aus, daß von den in der Ausführung des Friedensvertrages von 235 000 Tonnen in Bau befindlichen Schiffen bei der Fertigstellung durch Deutschland jedesfalls 145 000 Tonnen Deutschland zufallen würden. Die Erwartung entsprach die Verhandlungen in London nicht. Es wurden dort Deutschland nur 100 000 Tonnen und zwar auch nur Schiffe mit geringem Fertigstellungsgrad, zugesprochen. Da die Maritime Service weitere deutsche Anträge abgelehnt, sah sich die deutsche Regierung genötigt, dieses Angebot anzunehmen.

Infolgedessen müßte sie jetzt die in der Note vom 8. Juni gestellten Anträge erweitern. Wenn sie trotzdem hiervon absteht, so tut sie das in der festen Erwartung, daß die Reparationskommission nunmehr dem Antrag auf Befreiung von Schiffsraum unverzüglich stattgeben und ihre Entscheidung so schnell wie möglich treffen wird. Deutscherseits ist die Voraussetzung, von welcher die Reparationskommission die Prüfung des Antrages abhängig macht, nach besten Kräften erfüllt. Von den abzufertigenden Schiffen wurde bereits eine beträchtliche Anzahl nach dem Firth of Forth gebracht. Die Reparationskommission wird daher um tunlichst umgehende Entscheidung gebeten.

Vollschullehrer und Universität.

Berlin, 7. Juni. In einer Erklärung der Berliner Universität, der sich zahlreiche andere Hochschulen angeschlossen haben, über die geforderte Zulassung der Vollschullehrer zum Universitätsstudium heißt es: Die Universität erkenne die Berechtigung der Bestrebungen der Vollschullehrer nach einer besseren allgemeinen Berufsbildung vollkommen an und sei gern bereit, bei der Durchführung der Verordnung mitzuhelfen. Die Universität und die Technischen Hochschulen seien aber nicht geeignet, den Lehrern diejenige Ausbildung zu bieten, die im Interesse des Gedeihens der Volksschule erforderlich sei. Pflicht der Universität sei es, mit allen Kräften auf die Erhaltung des wissenschaftlichen Lebens Deutschlands bedacht zu sein. Werde dieser wissenschaftliche Geist nicht schon in den für das Studium vorbereitenden Schulen eingeeignet, so erlosche das gesamte geistige Leben unserer Nation. Aus diesen Erwägungen müsse die Universität Berlin nachdrücklich Einspruch dagegen erheben, daß die Ausbildung der Vollschullehrer ausnahmslos den Universitäten übertragen werde.

Zum Steuererwerb vom Betriebserwerb.

Berlin, 8. Juni. Die Ausführungsbestimmungen für den demnach in Kraft tretenden

gehnprozentigen Steuerabzug vom Arbeitseinkommen lassen Zweifel darüber offen, in welcher Weise der Steuerabzug gegenüber Gehalts- und Lohnempfängern gehandhabt werden soll, die ihre Arbeitsstätte außerhalb des Amtsbezirks des für den Hauptbetrieb zuständigen Finanzamtes haben, ihre Bezüge jedoch von der Zentrale empfangen. Wie wir dazu von unterrichteter Seite erfahren, ist das Verfahren in diesem Fall vorbehaltlich einer etwa noch zu treffenden endgültigen Regelung so beabsichtigt, daß die Steuermarken für die auswärtigen Arbeitnehmer vom Arbeitgeber in Steuerarten zu kleben sind, die von dem für den Sitz des Unternehmens zuständigen Finanzamte ausgestellt werden. Die Marken werden daher in der Regel beim Arbeitgeber verbleiben und den auswärtigen Arbeitnehmern nur zu Zwecken ihrer endgültigen Steuerabrechnung mit dem Finanzamt ihres Wohnortes zeitweise zu überlassen sein.

Die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft.

Berlin, 5. Juni. Durch Zufall erfährt man von einem Schriftwechsel, dessen Mitteilung für die breite Öffentlichkeit von großem Interesse sein dürfte.

Der Oberbürgermeister von H. . . schreibt: „Die Bekämpfung und Vernichtung des Schiebertums ist solange unmöglich, als die durch Schieber beschafften Waren die notwendige Ergänzung der für das Leben unzureichenden Ernährung auf gesetzlichem Wege bilden.“

Das Landespolizeiamt beim Staatskommissar für Volksernährung hat folgendes darauf geantwortet: „Der Standpunkt des Schreibens kann ich nicht teilen. Mir ist die Sachlage gerade umgekehrt, da die notwendige Ergänzung der für das Leben unzureichenden Ernährung auf gesetzlichem Wege so lange unmöglich ist, bis es gelingt, das Schiebertum wirksam zu bekämpfen und schließlich zu vernichten. Es liegen volkrevertige Anhaltspunkte dafür vor, daß Deutschland über eine ungeheure Menge von Lebensmitteln verfügt, die bei Einhaltung der gebotenen Beschränkung für die Ernährung des gebotenen Volkes nahezu ausreichen. Es handelt sich nur darum, die ungeheuren Mengen, die sich in den Händen des Schiebertums befinden, diesem zu entwinden. Hierin liegt vielleicht die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft, da die gesamten innerpolitischen Verhältnisse und der Wiederaufbau Deutschlands davon abhängig sind. Ich hoffe, daß die Bedeutung des Kampfes gegen Schleichhandel und Wucher, dessen Notwendigkeit inzwischen seitens aller Parteien, vom äußersten rechten bis zum äußersten linken Flügel, als unbedingtes Gebot hervorgehoben worden ist, auch dortseits anerkannt und durch gewissenhafte Beobachtung der gemeinwirtschaftlichen Vorschriften bekräftigt wird. Das Landespolizeiamt ist zu jeder Unterstützung in dieser Hinsicht bereit.“

Eine merkwürdige Geschichte wird durch zwei Schriftstücke von der Schell. Pat. an die Öffentlichkeit gebracht. Es handelt sich um einen ausgesprochenen Mandatskauf. Ein Herr v. Rheinbaben kauft sich eine Kandidatur der Deutschen Volkspartei für 3 bis 400 000 Mark. Die beiden Schriftstücke geben wir in ihrem wesentlichen Teil im Wortlaut wieder:

Wahlkreisverband 6, 9. April 1920.

Wir haben für die nächste Woche eine vertrauliche Besprechung der Industriellen einberufen und wollen nun einmal hören, was uns daselbst für Vorschläge gemacht werden. Neuerdings bewirbt sich ein von Generaldirektor Bögl sehr warm empfohlener Kandidat, der Legationsrat a. D. v. Rheinbaben, um eine Kandidatur. Herr von Rheinbaben hat sich hier vorgestellt und bearbeitet die ganze Angelegenheit mit offenbar gutem Geschick. Er hat zunächst sehr erfreuliche Beziehungen zu den Breslauer Kreisen nachdrücklich angestreift. Er verfügt über sehr große Geldmittel, die er uns zur Verfügung stellen will, und er hat sich auch erboten, rednerisch überall aufzutreten. Die Sache ist doch die, daß wir, wenn die Wahlen schnell kommen, dann ohne finanzkräftige und gute Kandidaten in große Schwierigkeiten geraten und daß wir schlimmstenfalls zugreifen müssen, wo sich etwas Gutes bietet.

Dem Schreiben lag eine Abschrift der von Herrn Generalsekretär Salomon geschätzten Niederschrift über die Verhandlung mit Herrn von Rheinbaben wegen seiner Kandidatur bei. Sie lautet:

Abschrift. Breslau, 9. April 1920.

Ueber die Verhandlung mit dem Legationsrat a. D. von Rheinbaben aus Berlin über seine Kandidatur.

R. stellt in Aussicht: a) die Finanzierung des Wahlkreises mit eigenen und von ihm zu nehmenden Geldern (ich habe als notwendig eine Summe von 3 bis 400 000 Mark genannt), b) die Herausgabe einer zweimal die Woche erscheinenden Presse, die sechs Wochen vor den Wahlen beginnend in einer Auflage von etwa 100 000 Stück erscheinen soll, während die erste Auflage in großer Ausstattung von etwa 150 000 Stück erscheinen soll, um dauernd als Verteilungsblatt in Versammlungen zu dienen, c) Beeinflussung der demokratischen Presse im Sinne einer Mäßigung im Parteikampf, d) eigene weitestgehende Beteiligung und Einwirkung eines eigenen Breslauer Büros, e) zur Förderung der Angelegenheit am Freitag, den 16., eine Besprechung der führenden Persönlichkeiten aus Bank- und Industriekreisen zu veranstalten, zu der er bittet, eingeladen zu werden und für die er auch den Besuch von Dr. Bögl oder von dessen Privatsekretär Dr. Freund vermitteln will. Gez. Salomon.

Legationsrat von Rheinbaben ist tatsächlich als Kandidat der Deutschen Volkspartei aufgestellt worden!

Der Ausbau der Main-Wasserkraft.

Zum Ausbau von Wasserkraften des Mains bauten bei Mainkur, Kesselstadt, Groß-Kropfenburg für die Gewinnung elektrischer Energie und für Herstellung einer Verbindungsleitung mit den staatlichen Kraftwerken im oberen Quellgebiet der Weser) fordert ein der Landesversammlung zugewandener Entwurf die Summe von 25 573 000 Mark. Die bisher bewilligten 6 200 000 Mark reichen infolge der Geldentwertung nicht aus. Es ist in Aussicht genommen, die ersten 50 Prozent der

Versteuerung der Herstellungskosten über die Vorriegspreise zu Lasten des Staates zu übernehmen, während die darüber hinausgehende Kostensteigerung durch Erhöhung der Strompreise von den Abnehmern getragen werden soll. Daraus würde sich eine Versteuerung der Stromkosten um etwa 15 Pfg. auf 20 Pfg. per Kilowattstunde ergeben.

Freie Obsteinfuhr.

Berlin, 8. Juni. Amtlich wird bestätigt, daß die Einfuhr von Gemüse und von frischem Obst mit Ausnahme von Ruzukobst freigegeben worden ist.

Ausland.

England und Rußland.

Von einem außenpolitischen Mitarbeiter wird dem Echo der Gegenwart geschrieben:

Zwischen England und Rußland spinnen sich augenblicklich Beziehungen an, denen man die allergrößte Aufmerksamkeit schenken muß. Unter dem Vorwand, nur wirtschaftliche Angelegenheiten mit der russischen Sowjetrepublik Krasin zu besprechen, sucht die englische Regierung auch über politische grundsätzliche Fragen eine Klärung herbeizuführen, die für das neu zu schaffende weltpolitische Verhältnis zwischen England und Rußland von Bedeutung erscheinen. In Frankreich hat sich ob dieser Tatsache der Öffentlichkeit eine große Unruhe bemächtigt, die sich vielfach in recht erregten und für die Engländer durchaus nicht lebenswichtigen Meinungen Luft macht. Frankreich hat England im Verdacht, daß es hinter dem Rücken der Franzosen, die doch in erster Linie, namentlich sehr stark materialistisch, an Rußland interessiert sind, mit den Russen auf Kosten französischer Interessen ein Teufelsmehel beginnt. Man ist sogar so weit gegangen, zu behaupten, daß die gegenwärtigen Verhandlungen Englands eine unausgesprochene, aber doch latente Anerkennung der sowjetischen Regierung durch England bedeuten. Das wird als um so erstaunlicher bezeichnet, weil England bisher, wenigstens nach außen hin immer mit aller nur denkbaren Schamlosigkeit jedes Verhandeln mit dem sowjetischen Rußland ablehnte. In England selber geht man aber die französischen Einwendungen nicht hinweg. Man läßt sich jedenfalls nicht weiter führen. Nun muß man ja festhalten, daß England eigentlich nie alle Fäden gegenüber Rußland und im besonderen gegenüber seinen sowjetischen politischen Reiter abgerissen hat. Die englische Regierung hatte sich, wenn auch nicht offiziell, aber doch durch eine ihr jederzeit zugängliche Hintertür in jedem Stadium der Dinge die Verbindung mit Rußland offengehalten. Sie war dadurch immerfort über die Dinge in Rußland informiert und hat die auf diese Weise gewonnenen Kenntnisse zu eigenem wirtschaftlichen und politischen Nutzen zu verwenden verstanden.

Das Interesse Englands liegt heute in der Tat auf der Linie einer Verständigung mit Rußland. Die sowjetischen Truppen gehen den Engländern und den englischen Interessen hart zu Leibe. Einen großen militärischen Aufwand zur Niederschlagung der Sowjetkräfte kann England zur Zeit nicht machen. Es sucht daher durch Lockungen die Russen wieder mit seinen eigenen Interessen zu verknüpfen. Bei diesem Bemühen steht England aber Frankreich und nicht zuletzt auch Deutschland im Wege. Eine Verständigung Englands durch England und Frankreich allein ist nicht zu erwarten. Deutschland als unmittelbarer Nachbar Rußlands und die deutsche Wirtschaft als die ursprüngliche Kraftquelle für die Wiederaufrichtung und Stärkung des gesamten russischen Wirtschaftslebens ist vom russischen Standpunkte aus ein Faktor, mit dem unbedingt gerechnet werden muß. Die Engländer können sich diesen Erwägungen ja auch nicht entziehen, und nach allem, was man informativ über die ausgedehnten in London im Zuge befindlichen Verhandlungen zwischen Krasin und Lloyd George vernimmt, haben diese Gesandengänge auch dort eine bedeutende Rolle gespielt. Das umso mehr, als die nicht zuletzt von den Engländern betriebene politische Offensive gegen die Sowjettruppen ein Schlag ins Wasser war. Die Bolschewiken haben zwar die Polen nicht vernichtend schlagen können, aber immerhin einen militärischen Erfolg errungen, der ihnen den Engländern gegenüber ein entscheidendes Auftreten gestattet und von dieser Möglichkeit macht augenblicklich Krasin reichlichen Gebrauch.

Welche positiven Ergebnisse die gegenwärtigen englisch-russischen Verhandlungen haben werden, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, die Dinge stehen aber so, daß England vorweg seine Sonderinteressen wahrzunehmen sucht und daß es dabei an dem mitbestimmenden Einfluß, den Deutschland für die Entgegensetzung dieser Dinge ausüben wird, nicht vorbeigehen kann. Wir in Deutschland können selber in diese Dinge noch nicht aktiv eingreifen, wir müssen aber mit größter Aufmerksamkeit ihre Entwicklung verfolgen, um für alle Möglichkeiten, die unter Umständen recht unvermittelt an uns heranreten können, gerüstet zu sein.

Englisch-russische Verhandlungen.

Berlin, 8. Juni. Nach einer Meldung der WZ, soll Krasin in seinen gestrigen Besprechungen mit Lloyd George die englischen Forderungen wie folgt beantwortet haben: Die englischen Forderungen in Rußland werden sofort relaxiert. Danach wird die Einstellung der bolschewistischen Propaganda in Europa und der Angriff gegen die britischen Interessen im Orient davon abhängig gemacht, daß England einen Druck auf Polen ausübt, damit es seine Offensive einstellt.

Kriegsgewinnsteuer in England.

London, 8. Juni. Wie verlautet, verhält sich die englische Regierung gegen eine Kriegsgewinnsteuer ablehnend; im gestrigen Ministerrat blieb der Schatzkanzler mit seinem Vorschlag in der Minderheit. Die heftige Gegenwehr in parlamentarischen Kreisen hat das ungeliebte Kind getötet. Ob und wie die beabsichtigte Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer aufrechterhalten werden kann bei der in allen Kreisen, auch außerhalb des Parlaments bestehenden Opposition, wird bald entschieden werden müssen; der Staatshaushalt kann dieser Einnahme nicht entzogen, es sei denn, daß die Ausgaben ganz gehörig beschnitten werden. Dazu fehlt jedoch die notwendige Rücksichtslosigkeit.

wenn auch der Wille hierzu oft geäußert wurde. Jedenfalls wird nach anderen ergebnissen Quellen gesucht werden müssen; aber sie werden kaum zu finden sein, handelt es sich doch um einen Betrag von 500 Millionen Pfund Sterling. Vielleicht kommt es doch zu einer Zwangsanleihe, von der bisher nur schüchtern gesprochen wurde.

Die russisch-polnischen Kämpfe.

Warschau, 7. Juni. Der polnische Kriegsbericht vom 5. Juni meldet: Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz in der Gegend von Bepel lebhafteste Gefechtsaktivität. Ein Vorstoß am Karolisch-Zee gegen Mołodejschno brachte den linken Flügel der Bolschewiken zum Weichen. Die Polen haben zwischen Karolisch und Drissa die Linie Peredro-Leichti-Koshana erreicht und zahlreiche Beute gemacht. Der rechte Flügel der polnischen Truppen drängte den Feind zurück und besetzte die Linie Painska-Bienia. Die Operationen werden von Marschall Białostki geleitet und gehen dank der vorzüglichen Moral der Truppen gut vorwärts. Auf der Linie Dobrewo-Kiew belegen die Polen Jyschnow und halten den linken Flügel der Linie Jyschnow-Berehina und Dniepr. Zwischen Dniepr und Dniester brach eine Kavallerietruppe der Bolschewiken vor den polnischen Linien zusammen. Eine Division wurde vollständig vernichtet, eine Brigade, die vollständig eingeschlossen wurde, legte die Waffen nieder.

Finnland und die Käländer.

Stockholm, 7. Juni. Die finnische Regierung, die sich gegenüber der ausländischen Unabhängigkeitsbewegung zu schärferen Maßnahmen entschlossen hat, ließ die Hauptansführer der Käländer, den Landtagsabgeordneten Reuter Svanholm und Polizeidirektor Merimann verhaften und stellte sie unter Anklage wegen Hochverrats. Gleichzeitig ist ein Bataillon finnischer Infanterie nach der Inselgruppe abgegangen. Dort haben die Vorgänge eine starke Erregung ausgelöst. Die schwedische Regierung hat durch ihren Vertreter in Helsinki die finnische Regierung um Aufklärung ersucht.

Das neue Ministerium in Italien.

Rom, 8. Juni. Die morgige Vorstellung des neuen Regierung vor dem Kammer kündigt sich sehr reichlich an. Die sozialistische Kammerfraktion beschloß, die Erklärungen des Kabinetts nicht anzuhören, weil die Regierung den Preis für den Lebensmittelsteuern erhöhte. Sie beschloß ferner, die Regierung noch vor ihrem ersten Auftreten über die Broschüre zu stützen. Das Kabinett seinerseits pariert den Hieb mit der Ankündigung, daß die Verordnung über den Preispreis sofort dem Parlament zur Ratifikation vorlegen wird.

In Albanien.

Wallaad, 9. Juni. Wie die Stampa berichtet, verschlimmert sich die Lage der italienischen Garnison in Albanien. Die Aufständischen haben die italienischen Truppen in der Umgegend von Balona angegriffen und halten das Gebirge besetzt. Das italienische Kommando hat sich völlig überrollen lassen; der Vorposten südwestlich von Balona ist geräumt worden. Das Vorgehen der Albaner soll dadurch bestimmt sein, daß die Anwendung des Londoner Vertrages für sie den Verlust von Balona befürchten läßt. Die italienische Regierung hat Kriegsschiffe nach Balona entsandt, wo bereits ein Torpedoboot auf die Aufständischen feuert. Die Italiener haben einige Verwundete als Geiseln in der Hand der Albaner lassen müssen; außerdem hatten sie Verluste an Toten.

Verzögerung Konstantinopels durch Mustafa Kemal?

Paris, 8. Juni. Die englische Presse ist voll von beunruhigenden Nachrichten aus Konstantinopel. Daily Mail meldet, daß die nationalistische Truppen Mustafa Kemals 25 Kilometer von Konstantinopel entfernt seien. Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Farouk Baidja, ist mit einer großen Anzahl von Offizieren zu den Nationalisten übergegangen. Da ein Angriff auf Konstantinopel beabsichtigt wird, wurden der Mangel des Propheten und andere Reliquien in Sicherheit gebracht. In Konstantinopel herrscht große Panik. Nach einer Kavassamedien aus Konstantinopel muß die türkische Regierung bis zum 26. Juni ihre Stellungnahme zum Friedensvertragsentwurf bekanntgeben.

Vor der amerikanischen Präsidentenwahl.

Chicago, 8. Juni. Die Augen der Nation sind auf die republikanische Nationalkonvention, die heute einberufen wurde, gerichtet, da man davon überzeugt ist, daß derjenige, den man dort als Präsident aufstellt, Amerikas nächster Präsident sein wird, und die Haltung des Landes der übrigen Welt gegenüber bestimmen wird. Niemand verheißt eine solche Ungewissheit gerichtet. Da ein besonders hervorragender Kandidat nicht bekannt ist, ist die Spannung im Lande groß. Tausende von Delegierten erwarteten die Sitzung damit, der Rede des Vorsitzenden, Senator Lodge, zuzuhören, und niemand erwartete, daß er das republikanische Programm für den Wahlsieg, dem sich die Verammelten angeschlossen, vorlegen würde. Die beiden am meisten hervorragenden Kandidaten sind Senator Johnson, der ein heftiger Gegner des Völkerbundes sowie ein Anhänger einer von Europa unabhängigen Politik ist. Die irischen und deutschen Stimmen unterstützen Johnson, der 112 Delegierte kontrolliert, sowie General Leonard Wood, der gemäßigter Konföderat ist und den Völkerbund mit den amerikanischen Reservationen unterstützt. Er kontrolliert 124 Delegierte. Andere hervorragende Kandidaten sind Gouverneur Lowden von Illinois sowie Senator Harding von Ohio. Die Nacht liegt hier bei den mehr als 500 unkontrollierten Delegierten, die die Frage zum Vorteil eines Anwesenden, nach dem die Abstimmungsbereitschaft vorgezeichnet ist, herunterschreiben können. Die endgültige Abstimmung beginnt am Donnerstag.

Amerikanische Weltmarktpläne.

New York, 7. Juni. Der bekannte Stahlindustrielle Schwab erklärte, daß das wirksamste Mittel, um den Frieden der ganzen Welt zu sichern, das sei, den Vereinigten Staaten die Herrschaft über die Meere zu geben. Er fordert Frachtschiffe von 300 Meter Länge und einer Wasservertiefung

gung von 15 faden, von 15 faden, welche den Handel des Meeres genügt, um

* Berlin.

folgte Berlin wegen der gängen haben. Berlin in Tadriss. Die per den ihr zu Tehe sulat in Tadriss e dung von Erbitern. Wustrow in französi die Fahrt hell finde, seine Reich von Deutsch von Tausen fändern. A sich auf verläßt Tä

* Das nachfolgende.

ungsumm für die näd a ch a d räumung d Zuder zur gewiesen ha zu dem bilt. Preiss des zuder so n. Betracht for Suppen. Die osten Spel (Zimmer 1. Bekanntmad

* Mu.

drucken an wohnstalln oder Nach. geantem be. sofort der erhalten zu. sem müssen. nstun. Ma. derien Ang. chen. Wer Aufforderung demnach als. seiner Ange

* A.

der wicbig. man was f. schloffen we. gell. sich J. können. G. gekommen i. gelassen u. geben, der. sch. pür. politische u. weitgehend der Weise m. Werner. Sch. sch. Lud. d. die Bauleit. „Stillen im. zu eigenem. und die Ge. streifen wi. machen zu. diesem Ein. geladen, an. den A. gen, die die. hot. Anne. realische. Plan. der. ans.

* Stan.

87 Kinder. Wädhren. ben 33 mäd. waren 10 f. ost, 4 Per. von 41-60. geschloffen.

* Tele.

Beitrag f. für Haupt. ist erst am. den zur. träge wer. den Kaffen.

* Die.

scher Krieg. anstaltet he. (Kapitel) f. Naderes f. e.

* Ber.

Niederst. gang in die. zum Vorze. nigt. 68. Jenen nach. dunklen. n. mope bei.

* Dem.

der seit. Defeat. Reiter M. Nech wie. besch. und. führung er. gefunden. Appell a. phantisch a.

bekannte Stahl-
das wirksamste
Welt zu sichern
die Herrschaft
dert Frachtschiffe
Wasser verdrän-

Der Feind H. G. V. Philomelos ist es gelungen, nachdem der Feind 10 Jahren tätige Chorleiter Herr K. A. Delaet sein Amt niederlegte, den Dirigenten des Neuper Münsterchores, Herrn Peter Breuer, in der Neuh wie auch in seinen früheren Wirkungskreisen beliebt und geschätzt ist, für sich zu gewinnen. Die Einföhrung erfolgte in der am Dienstag, den 8. Juni stattgefundenen Probe. Herr Breuer richtete einen herzlichen Appell an die Sänger, die Proben recht zahlreich und pünktlich zu besuchen, und auch den inneren Aufbau

Der Reichspräsident hat gestern abend unter heute hervorragende Parlamentarier der alten Koalitionsparteien empfangen. Von den mehrheitsozialistischen Führern ist der Vossischen Zeitung zufolge nachdrücklich erklärt worden, daß an ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei nicht zu denken sei. Der Gedanke einer Auflösung des kaum gewählten Reichstages ist wieder fallen gelassen worden, weil nicht

* Kopenhagen, 8. Juni. Wie ein Telegramm aus Warschau meldet, haben die Poltschewisten

Kunstfertigkeit,
Wagendecken.

Anfertig. u. Reparaturen.
Marfimen- u. Jellefabrif Jo.
Rufch. Dder. Gollert & Co.

preiswerth abzugeben.
Vahnhof Holzheim b. Runk
Anschlußgleife Runkwiz.
Zu mieten bei Schmie
demeister Wader.

